

Anlässlich des für heute beabsichtigten [Beschlusses](#) des [Gemeinsamen Bundesausschusses](#) von Ärzten, Krankenkassen und Krankenhäusern erklärt **Susanne Schaper, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag**:

Ich bekräftigte meine [Kritik an der drohenden Schließung von Krankenhaus-Notaufnahmen](#) in Sachsen. Das Netz der medizinischen Versorgung in Sachsen ist in den vergangenen Jahren immer weitmaschiger geworden. Deshalb kann schon jetzt in Teilen Sachsens die gesetzlich vorgeschriebene Hilfsfrist von 12 Minuten nur in 75 Prozent der Fälle eingehalten werden. Eine weitere Ausdünnung des Netzes etwa durch Schließung von Krankenhaus-Notaufnahmen setzt Menschenleben aufs Spiel.

Auch wenn der Bundesausschuss nicht den Forderungen der Gesetzlichen Krankenkassen in vollem Umfang folgen sollte, berücksichtigt er nicht die sehr unterschiedliche Situation in den Regionen in Deutschland. Gerade bei uns sind viele Gegenden schon jetzt von medizinischer Unterversorgung gekennzeichnet. Daher ist es inakzeptabel, wenn nun Krankenhaus-Notaufnahmen in Sachsen das Aus droht.

Deshalb ist die Staatsregierung gefordert. Die letzte Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Aufnahmebereitschaft trägt ohnehin nach Paragraph 30 des Sächsischen Krankenhausgesetzes das sächsische Sozialministerium. Sollte der Bundesausschuss für seine Vorgaben keine Ausnahmen bei eventuellen finanziellen Abschlägen vorsehen, muss die Staatsregierung daher gegebenenfalls die Sicherstellung aus Landesmitteln gewährleisten, um Schaden von den Patientinnen und Patienten in Sachsen abzuwenden!

## **Aus der Freien Presse Vogtlandkreis**

Oberes Vogtland | | Seite 11      Kreistag berät über Klinik-Kauf  
Paracelsus: Linke und AfD fordern öffentliche Debatte

Plauen - Ein klares Zeichen, „dass der Vogtlandkreis die medizinisch unterversorgte Region nicht noch weiter ausbluten lässt“, erwartet die Fraktion der Linkspartei von der heutigen Sitzung des Kreistages in Plauen. Ein Antrag der Linken zur Rückübertragung der insolventen Paracelsus-Klinik in Reichenbach steht auf der Tagesordnung – allerdings nur für den nichtöffentlichen Teil.

Die Kreisrätin und Landtagsabgeordnete Janina Pfau (Linke): „Wie so oft hat Landrat Rolf Keil anscheinend Angst vor den Bürgern, denn die Begründung, es würde Interessen Dritter betreffen, ist scheinheilig.“ Das öffentliche Interesse am Erhalt des Krankenhauses überwiege. Unterstützung erhält Pfau durch die gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Landtagsfraktion, Susanne Schaper: „Wenn durch die Insolvenz eines Krankenhauses die medizinische Versorgung in einer Region bedroht ist, so ist die einzig logische Konsequenz, es zu rekommunalisieren und es so zu retten.“

Auch Kreisrat Ulrich Lupart (AfD) kündigte an, sich dafür einzusetzen, „dass umfassend und ganz und gar öffentlich über die Zukunft der Paracelsus-Kliniken im Vogtland debattiert wird“. Es müsse jetzt ein Grundsatzbeschluss darüber her, wie die 86 Kreisräte zum Rückkauf des Reichenbacher Krankenhauses in Trägerschaft des Landkreises stehen, meint Lupart.

Landrat Rolf Keil (CDU) hatte zuletzt wiederholt betont, dass er mit dem Insolvenzbeauftragten und Generalbevollmächtigten von Paracelsus im Kontakt steht. Der habe den eindeutigen Willen erklärt, das insolvente Unternehmen in Eigenverwaltung zu sanieren und in seiner Gesamtheit zu verkaufen. Dafür gebe es mehrere Interessenten. Dies habe man zunächst zu akzeptieren, so Keil: „Wir können ja niemandem etwas wegnehmen.“  
(us)